

Redaction:
Dresden,
in der Expedi-
tion, H. Meißn.
Walle Nr. 3,
zu haben.

Preis:
vierteljährlich
12 1/2 Ngr. zu
bezahlen durch
alle tgl. Post-
Anstalten.

Sächsische Vorzeitung.

Ein unterhaltendes Wochenblatt für den Bürger und Landmann.

Redacteur und Verleger: Friedrich Walther.

Politische Weltschau.

Deutschland. Auf die Einladung mehrerer Frankfurter Zeitungen hatte sich Anfangs dieser Woche eine Anzahl von Zeitungsredactoren aus allen Theilen Deutschlands in dasiger Stadt versammelt, um die Zusammenberufung eines „deutschen Journalistentags“ vorzubereiten, auf welchem eine Verständigung über die Mittel, die Rechte und Interessen der deutschen Zeitungen zu wahren, erzielt werden soll. Die erste dieser alljährlich zu wiederholenden Versammlungen, zu welcher auch Mitarbeiter und Verleger Zutritt haben, wird wahrscheinlich im October d. J. in Frankfurt a. M. stattfinden.

Die bairische Regierung hat bei den Berathungen des Landtags über die auf die Thronrede zu erlassenden Antwortadressen sowohl in der deutschen Reformfrage, als auch in der Handelsvertragsfrage die vollständige Zustimmung zu ihrer in beiden Richtungen eingehaltenen Politik gefunden, obgleich, was die Zollfrage anlangt, die Hoffnung auf Erhaltung des Zollvereins namentlich von der zweiten Kammer stark betont wurde. Wir kommen in einem längeren Artikel über die gegenwärtige Krisis des Zollvereins (S. 222) auf diese wichtige Angelegenheit zurück. — In der nahe der böhmisch-bairischen Grenze gelegenen Stadt Furth (an der von Prag nach Regensburg führenden Eisenbahn) hat am 29. Juni eine Feuersbrunst einen ganzen Stadttheil, 200 Haupt- und Nebengebäude, eingeäschert.

Vom Bodensee ist die erfreuliche Nachricht eingegangen, daß es den rastlosen Bemühungen des deutschen Mechanikers Bauer am 3. Juli gelungen ist, das in jenem See versunkene Dampfschiff „Ludwig“ aus der Tiefe des Sees soweit zu heben und dem Lande näher zu bringen, daß die Bergung des Schiffes und somit die Lösung der mühevollen Aufgabe Bauer's als gesichert betrachtet werden darf.

In Kurhessen wurde der Landtag, nachdem noch einige wichtige Gesetze zum Abschluß gebracht worden, am 8. Juli vertagt. Der Kurfürst soll sich in letzterer Zeit überzeugt haben, daß es doch nicht so schwer ist, mit verfassungstreuen Ständen zu regieren; es wird versichert, daß derselbe allen Ernstes zum Erlaß einer Amnestie geneigt sei.

In Hamburg ist am 6. Juli im besten Mannesalter der österreichische Generalconsul Frhr. Ernst v. Merck, ein um seine Vaterstadt und deren gemeinnützige Unternehmungen höchst verdienster Mann, mit Tode abgegangen. Der Verstorbene fungirte unter dem Reichsverweser Erzherzog Johann einige Zeit auch als Reichsminister der Finanzen.

Preußen. In nichtpreussischen Blättern wird mehrfach bestätigt, daß von dem Ministerium und noch mehr von einigen hohen, der feudalen Richtung angehörigen Militärs alle Anstrengungen gemacht worden sind, um von dem Kronprinzen eine Zurücknahme seiner in Danzig gesprochenen Worte zu erlangen und, falls dieses Ziel nicht zu erreichen sein sollte, ein strenges Verfahren gegen denselben zu befürworten. Es soll auch ernstlich von einer Verbannung in die Provinz und einer Entziehung aller Commando's die Rede gewesen sein, da sich Anfangs der König der strengeren Ansicht zuneigte. Der Thronerbe blieb jedoch bei seiner Behauptung stehen, daß er die Maßregeln des jetzigen Ministeriums nicht zu billigen vermöge, vielmehr durch dieselben seine und die Zukunft seiner Kinder für gefährdet er-

achte. Schließlich wurde jedes weitere Vorgehen gegen den Kronprinzen aufgegeben, und die Differenz hat in dem mit seinem königlichen Vater geführten Briefwechsel ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Von mehreren Seiten wird indessen versichert, daß die unerwartete Haltung des Thronerben das Ministerium bestimmt habe, von weiteren Decretirungen vor der Hand abzusehen.

In Berlin haben mehrere Abende hinter einander nicht unbedeutende Straßenercesses stattgefunden, welche jedoch keinen politischen Character trugen, sondern lediglich durch eine Ermittlungsangelegenheit hervorgerufen wurden. Ein Hausbesitzer in der Dranienstraße hatte nämlich einen Restaurateur, seinen Abmiether, der ohne seine Genehmigung bauliche Veränderungen vorgenommen, gerichtlich aus der Wohnung treiben lassen. Dieses Verfahren beutete der Restaurateur aus, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, indem er ein Bild, zwei kämpfende Ziegenböcke darstellend (der Wirth ist ein Schneider), und Plakate, auf welchen als die anscheinend geringfügige Ursache der Ermittlung, die Setzung eines eisernen Ofens, angegeben war, an den Fenstern seines Bierlocals aufstellte. Hierdurch wurde schon am Abende des 30. Juni eine große Menschenmenge herbeigezogen, die endlich zu Thätlichkeiten überging und die Fenster des Hauses, in welchem der Wirth wohnte, mit Steinen zertrümmerte. Der schnell heranrückenden Schuchmannschaft gelang es jedoch, nachdem vorher mehrere Verhaftungen vorgenommen worden waren, gegen Mitternacht die Massen zu zerstreuen. Obgleich die Polizeibehörde sofort entsprechende Vorkehrungen traf, so wiederholten sich diese Excesse mehrere Abende hintereinander bis zum Sonnabend, den 4. Juli. Am abendlich versammelte sich in der Dranienstraße und ihrer Umgebung eine Menschenmenge, welche auf 8000 — 10000 Köpfe anwuchs. Die Haltung der Menge war eine drohende, die Beamten wurden verhöhnt, mit Steinen geworfen und selbst thätlich angegriffen. In verschiedenen Straßen wurden die Laternen von den Paternen abgebrochen, das stark ausströmende Gas angebrannt und sogar einige Versuche zum Barrikadenbau gemacht. Die Schuchmannschaft sah sich daher genöthigt, mit blanker Waffe gegen die Unruhmüher vorzugehen, von denen mehrere verwundet wurden. Am 3. Juli hatten sich schon Nachmittags größere Trupps in dem betreffenden Stadttheile angesammelt; es wurden mehrere Personen, welche man für verkleidete Schuchmänner hielt, mißhandelt und eine zu deren Schutze herbeigeeilte Schuchmann-Patrouille angegriffen und verwundet. Hierauf suchten die Tumultuanten ein Haus in der Prinzenstraße, in welchem ein verwundeter Beamter Aufnahme gefunden hatte, zu stürmen. Die Fenster wurden eingeworfen, abermals Versuche zum Barrikadenbau gemacht und mehrfache Zerstörungen angerichtet, bis es der von allen Seiten heranrückenden Schuchmannschaft gelang, die Straßen zu säubern und eine Anzahl der Excedenten zu verhaften. Am Sonnabend wiederholten sich dieselben Vorgänge, und die Tumultuanten breiteten sich bis an das nahe „Boigtland“, dem eigentlichen Sitz der Arbeiter aus; doch wurde durch das Einschreiten der Schuchmannschaft, welche wiederum mit blanker Waffe vorgehen mußte, die Ruhe schon um 11 Uhr Nachts hergestellt. Seitdem ist die Ordnung nicht wieder gestört worden. Die Zahl der Verhafteten beträgt nahezu 300, meist Lehrlinge, junge Burschen und sogenannte

Bummel, an denen Berlin so reich ist. In dem betreffenden Stadttheile wohnen viele liebliche Dirnen mit ihren Zubaltern, den sogenannten „Louis“, welche Letzteren sich besonders bei dem Excesse betheilig haben. Der Arbeiterstand ist den Vorgängen fern geblieben und die zahlreichen Maschinenbauer haben selbst der Polizeibehörde ihre Unterstützung zur Herstellung der Ordnung angeboten. Der durch die Excesse angerichtete Schaden wird auf 10,000 Thlr. angegeben, zu deren Deckung die Stadtcommune in Anspruch genommen werden soll.

Oesterreich. Seit drei Wochen wird in mehreren Blättern mit vieler Bestimmtheit von einer bevorstehenden Zusammenkunft des Kaisers von Oesterreich mit dem König von Preußen gesprochen; bis jetzt scheint aber eine Entschliebung darüber noch nicht getroffen zu sein. Doch hält man einen Besuch des Kaisers Franz Joseph in Karlsbad oder Gastein für wahrscheinlich, obgleich dabei die achtungsvolle Rücksicht gegen einen deutschen Bundesfürsten, der längere Zeit als Gast im Kaiserstaate weilte, mehr maßgebend sein mag, als politische Motive, von denen mehrere Zeitungen sprechen. — Der französische Staatsmann Thiers, dessen bevorstehender Wiedereintritt in die Deputirtenkammer in Frankreich so großes Aufsehen macht, hat sich einige Zeit in Wien aufgehalten und ist dort mit vieler Auszeichnung behandelt worden. Er hatte eine Privataudienz bei dem Kaiser und wurde auch zur kaiserlichen Tafel nach Laxenburg geladen. In Siebenbürgen sind die Wahlen zum Landtage, welcher den 15. Juli eröffnet werden soll, bis auf einige wenige beendet. Das Ergebnis ist ein der Regierung günstiges. Die sächsisch-rumänische Partei wird ungefähr 70 Stimmen im Landtage haben und die Magyaren werden etwa 50 erhalten, so daß der Partei der Reichsverfassung die Majorität vollständig gesichert ist. Die Magyaren wollen bekanntlich die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn oder, falls dies nicht zu erreichen, die volle Selbstständigkeit Siebenbürgens. Selbstverständlich sind die Magyaren gegen die Bescheidung des Reichsraths.

In Wischnitz (Galizien) sind in der Nacht vom 3. zum 4. Juli durch eine Feuersbrunst 300 Häuser eingedäschert und dadurch über 500 Familien obdachlos und nahrunglos gemacht worden.

In Trient ist am 29. Juli das Concils-Jubiläum, welches kürzlich der dasige Bischof durch seinen fanatischen Hirtenbrief einleitete, mit Te Deum, Ablegung des tridentinischen Glaubensbekenntnisses und Acclamationen, wie einst bei dem 1563 geschlossenen Concil selbst, beendet worden. Es wohnten dieser sehr zur Unzeit abgehaltenen Feier 2 Kardinäle und 32 Bischöfe bei. Die Wiener „Presse“ spricht sich mit Recht in nachfolgender Weise über diese kirchliche Demonstration aus: „Statt in Trient das tridentinische Glaubensbekenntnis zu erneuern, welches heute noch zehnmal weniger als im sechzehnten Jahrhundert den Forderungen der Zeit entspricht, statt wirkungslose Bervünschungen gegen Andersgläubige auszustoßen, und womöglich im neunzehnten Jahrhundert den finstern Fanatismus des sechzehnten zu überbieten, wäre es eine weit würdigere Feier gewesen, wenn die in Trient jüngst versammelt gewesenen Bischöfe im wahren Geiste der Kirche Christi die Nothwendigkeit und Dringlichkeit eines neuen allgemeinen Concils proklamirt hätten, das den angehäuften Schutt dreier Jahrhunderte wegräumen und die Reform der autonomen Kirche an Haupt und Gliedern beraten würde.“

Italien. Nach einem heftigen, in der Deputirtenkammer ausgefochtenen Streite zwischen Minghetti und Ratazzi, dem jetzigen und früheren Minister des Auswärtigen, ist wieder etwas Ruhe in die parlamentarischen Verhandlungen gekommen. Die beiden Minister haben sich duellirt und Ratazzi hat eine leichte Wunde erhalten; damit ist die Sache abgethan. In der Deputirtenkammer beschäftigt man sich mit der Berathung der neuen Finanzgesetze, deren Verkündigung den Italienern wenig behagen wird, weil ihnen dadurch nicht unbeträchtliche Steuern auferlegt werden, an die sie seit lange nicht mehr gewöhnt sind. Namentlich handelt es sich um Einführung einer neuen Einkommensteuer, welche 30 Mill. Fr. einbringen soll. Dieselbe wird auf die Provinzen und von diesen auf die Gemeinden vertheilt, die dann dafür sorgen müssen, sie von den Contribuenten zu erheben. — In einem Prozesse, welcher gegen mehrere Geistliche wegen von

ihnen verübter grober Unsittlichkeiten geführt wurde, sind die Angeklagten zu Gefängnisstrafen bis zu 15 Jahren verurtheilt worden. Mehrere der geistlichen Herren hatten sich, als ihr unsauberes Treiben entdeckt wurde, der Untersuchung durch die Flucht entzogen.

Frankreich. Die Antwort Rußlands auf die letzten Noten der drei Mächte ist zwar bereits vom Fürsten Gortschakoff entworfen und dem Ministerrathe vorgelegt worden, doch wird ihr Eintreffen in Paris vor Mitte dieses Monats nicht erwartet. Der Inhalt dieser Antwort wird in Voraus als versöhnlich und friedlich bezeichnet; man glaubt, daß Rußland die ursprünglich von Oesterreich aufgestellten sechs Punkte als Grundlage der Verhandlungen annehmen, auf die Berufung einer Konferenz aber nur dann eingehen wird, wenn im Schooße derselben auch die anderen europäischen Fragen, welche sich zur Zeit in der Schwebe befinden, zur Verhandlung und Erledigung gebracht werden. Hierauf wird aber, wenn auch England und Frankreich dazu bereit sein mögen, Oesterreich auf keinen Fall eingehen, da man in Wien jeder Einmischung in die italienische Angelegenheit aus dem Wege gehen will. Die französischen Regierungsblätter, welche früher eine sehr bedrohliche Sprache gegen Rußland führten, deuten übrigens jetzt an, daß selbst eine Zurückweisung der sechs Punkte höchstens einen diplomatischen Bruch, keineswegs aber einen Krieg herbeiführen würde. Unter diesen Umständen darf man schon jetzt annehmen, daß den Polen aus der diplomatischen Intervention der Großmächte ein reeller Nutzen kaum erwachsen wird.

Das neue Ministerium hat seinen Amtsantritt mit einer weiteren Reform bezeichnet. Seit dem Jahre 1849 waren von den Gymnasien die philosophischen Vorstudien verbannt, da man zu jener Zeit die Philosophie für die Ereignisse von 1848 verantwortlich machte. Jetzt ist diese Beschränkung wieder aufgehoben und der Wissenschaft ihr Recht eingeräumt worden. Es ist dies eine Maßregel zu Gunsten der Universität und den Wünschen des Klerus entgegen, der bekanntlich von der Philosophie nicht viel wissen will.

Einen sehr guten Eindruck hat die bereits vor acht Tagen erwähnte Aufhebung der Pariser Bäckereikasse gemacht. Damit ist das lästige Monopol der Bäcker gefallen; Letztere sind künftig von den ihnen bisher obliegenden Verpflichtungen (wie z. B. der Bereithaltung bestimmter Mehlvorräthe, Stellung von Caution etc.) befreit, erhalten aber keine Entschädigung für die Abschaffung ihres gemeinschädlichen Vorrechts. Bei dieser Gelegenheit erfährt man überdies, daß die Bäckereikasse von den 70 Millionen Francs, welche sie auszugeben gehabt hat, allein 53½ Millionen auf die Herabsetzung der Brodpreise verwenden mußte. Das Brod wurde zu Gunsten der Pariser Arbeiter billiger verkauft, als dies nach dem Stande der Getreidepreise möglich war; das Deficit deckte die Bäckereikasse, welche wiederum durch Zuschüsse der Stadtcommune gefüllt wurde.

Durch ein kaiserliches Decret ist angeordnet worden, daß i. J. 1867 abermals eine Weltindustrie-Ausstellung in Paris stattfinden soll. Dieselbe wird wo möglich die Industriezweige aller Länder, die Werke der Kunst, die Erzeugnisse der Landwirthschaft und überhaupt alle Zweige der menschlichen Thätigkeit umfassen.

Der Kaiser hat am 7. Juli eine Reise nach dem Bade Bichy angetreten; die Kaiserin wird sich während der Abwesenheit ihres Gemahls in St. Cloud aufhalten.

General Forey, der Oberbefehlshaber der nach Mexiko gesandten Armee, ist zum Marschall von Frankreich ernannt worden. — Es bestätigt sich, daß der mexikanische General Ortega (Oberbefehlshaber von Puebla) aus der Gefangenschaft entkommen ist. — Eine Anzahl der in Puebla gemachten Gefangenen wird bei der Erbauung der Eisenbahn von Veracruz nach Orizaba beschäftigt. — Die Franzosen sind von Puebla in zwei Colonnen, von denen die erste 9000, die zweite 6000 Mann stark ist, nach der Hauptstadt Mexiko aufgebrochen.

Aus Madagaskar sind Nachrichten eingegangen, welche die französische Regierung sehr nahe berühren und ihr wahrscheinlich Anlaß zu einer neuen überseeischen Expedition geben werden. Die ostafrikanische Insel Madagaskar, welche durch den

40 Meilen breiten Kanal von Mozambique vom Festlande Afrika's getrennt wird, gehört bekanntlich zu den größten Inseln der Erde und ihr Flächeninhalt ist noch größer, als der von ganz Frankreich. Sie liegt an dem Seewege nach Vorder- und Hinterindien, nach Ceylon und den Inseln des indischen Archipels, nach China's Küsten und den Südeinseln; sie beherrscht ferner die Fahrt um das Cap der guten Hoffnung und die Einfahrt in das rothe Meer. Madagascar gehört zu den fruchtbarsten und schönsten Landstrichen der Erde, und man darf sich daher nicht wundern, daß sich schon vor länger als 200 Jahren über den Besitz dieser Insel oder über die Ausübung der Schutzherrschaft Streit zwischen Frankreich und England entsponnen hat. Auf das wechselvolle Schicksal jenes Ländergebiets einzugehen, fehlt es hier an Raum, und wir wollen nur erwähnen, daß Frankreich, welches mehrmals im theilweisen Besitz der Insel gewesen, sein vermeintliches Anrecht auf dieselbe immer noch nicht gänzlich aufgegeben, vielmehr sich in neuerer Zeit ein gewisses Protectorat über dieselbe zu sichern gewußt hat. Madagascar wurde seit dem Jahre 1829 bis zum 18. Aug. 1861 von der Königin Ranowalona, einer sehr grausamen Frau, beherrscht, welche die von ihrem Vorgänger beförderte Einführung des Christenthums hinderte, die Schulen zerstörte, die Missionäre verfolgte und überhaupt durch ihr feindseliges Auftreten die Fremden aus dem Lande zu treiben suchte. Ihr Sohn, Radama II., welcher ihr auf dem Throne folgte, zeigte sich dagegen als ein milder und gerechter Herrscher; er war ein erklärter Freund des Christenthums, und der Cultur der fremden civilisirten Nationen. Radama ließ sowohl England, als Frankreich seine Thronbesteigung officiell notificiren und suchte mit beiden Mächten in Frieden zu leben. An seinem Hofe hatten sich aber schon unter der Herrschaft seiner Mutter zwei Franzosen, Namens Lambert und Laborde festgesetzt, von welchen schon früher der Erstere die Stellung eines Oberhofmarschalls, der zweite die eines Oberceremonienmeisters, wie wir sagen würden, bekleidete, während Beide sich bald zu vertrauten Rathgebern des Königs emporzuschwangen und den Einfluß Frankreichs zu einem vorwiegenden zu machen bemüht waren. Der König fand indessen mit seinen civilisatorischen Bestrebungen und seiner Begünstigung der Fremden nicht den Beifall seiner Unterthanen. Viele von diesen sind noch entschiedene Anhänger des Heidenthums und der heidnischen Sitten ihrer Väter, so daß ihnen jede moderne Cultur zuwider ist. An der Spitze der Unzufriedenheit stehen die Hova's, unter den drei Gruppen der Inselbewohner die mächtigste, welche die Mitte des Landes bewohnen und gleichsam die Aristokratie desselben bilden.

In letzterer Zeit war die Unzufriedenheit der Eingeborenen namentlich dadurch gesteigert worden, daß der König dem Franzosen Lambert große Länderstrecken abgetreten und auf das Gesuch dieses seines Günstlings sich vom Kaiser der Franzosen die Absendung einer industriellen Expedition erbat, welche die reichen Bodenschätze Madagascars ausbeuten und die Insel dem Welthandel öffnen sollte. Diese Expedition, welche vom Capitän Duprée befehligt ist und zugleich einen zwischen Frankreich und Madagascar abgeschlossenen Vertrag überbringt, wird nächstens an ihrem Bestimmungsorte ankommen und ihr bevorstehendes Eintreffen hat vielleicht den Ausbruch der Katastrophe beschleunigt, von welcher die neuesten Berichte melden.

Hiernach ist nämlich am 8. Mai in Tananariva, der Residenzstadt, eine Revolution ausgebrochen. Die Hova's-Partei glaubte durch die den Fremden gemachten Zugeständnisse die Unabhängigkeit ihres Landes gefährdet und es wurde daher der Sturz des Königs beschlossen. Eine Anzahl der Verschworenen drang in den Palast und überreichte dem König eine Liste von 33 Manamasses (Großen des Landes), deren Hinrichtung sie verlangten. Sieben derselben waren die intimen Günstlinge des Königs, welche beständig in seiner Nähe lebten. Der König weigerte sich, der Forderung nachzukommen; mittlerweile wurde der Palast, wo sich die dem Tode geweihten Großen aufhielten, mit Truppen umstellt, und als der König die Auslieferung der Geächteten auch dann noch verweigerte, nachdem man ihnen das Leben lassen und sie nur als Gefangene behandeln zu wollen erklärte, drang eine Schaar der Verschworenen in den Palast. Der Monarch erklärte auch

jetzt noch, daß er lieber mit seinen Freunden sterben wollte, als zu dulden, daß sie grausam behandelt würden; hierauf fielen die Verschworenen über den König her und erdrosselten ihn. Nach anderen Angaben ist von dem Könige verlangt worden, daß er die mit den Europäern abgeschlossenen Verträge für nichtig erkläre, worauf er, da er sein Wort gegeben, nicht eingehen wollte. Die Revolution dauerte vier Tage und bei dem Attentate im königlichen Palaste sollen noch 28 andere Opfer gefallen sein, während sich die übrigen durch die Flucht retteten.

Hierauf wurde die Gemahlin des Ermordeten, die Königin Radoda, als Herrscherin des Reichs ausgerufen; sie wird den Forderungen der Revolutionspartei genügen müssen, und man fürchtet daher Gewaltthatigkeiten gegen die Europäer; vor Allem wird erwartet, daß der von Radama mit Frankreich abgeschlossene und bereits ratifizierte Handelsvertrag von den neuen Machthabern nicht respectirt werden wird. In diesem Vertrage hatte der König auf das Recht verzichtet, Aus- und Einfuhrzölle aufzuerlegen, was große Unzufriedenheit erregte.

Nach den neuesten Berichten hat der frühere Oberceremonienmeister Laborde, welcher jetzt das Amt eines französischen Generalconsuls bekleidet, seine Flagge eingezogen; sein Sohn, welcher zu den Ministern des Königs Radama gehörte, ist ermordet worden. Der englische Consul mußte im Hause Laborde's Schutz suchen. Ein Decret der Königin hat alle Franzosen aus der Hauptstadt verwiesen; ferner ist die Regierung König Radama's als völlig nichtig erklärt worden, so daß alle während der Dauer derselben abgeschlossenen Verträge für nicht bestehend betrachtet werden. Die aus Frankreich erwartete Expedition unter Capitän Duprée war noch nicht in Madagascar angekommen und man hatte ihr von der Insel Réunion einen Dampfer entgegen gesandt, um sie vor der Landung zu warnen.

Die französische Regierung wird sich diesen Ereignissen gegenüber nicht passiv verhalten können, und wie man aus Paris gemeldet, wird eine Expedition nach Madagascar abgehen, wo einige Punkte durch französische Truppen besetzt werden sollen. Jedenfalls werden diese Vorgänge mit dazu beitragen, die Politik des Kaisers Napoleon etwas von den europäischen Fragen abzulenken; die überseeischen Unternehmungen nehmen nach und nach immer mehr militärische Unterstützung in Anspruch.

Großbritannien. Die Nachricht, daß der Kaiser der Franzosen sehr geneigt sei, die amerikanischen Südstaaten anzuerkennen, wird durch die Verhandlungen im englischen Abgeordnetenhaus bestätigt. Von dem Parlamentsmitgliede Roebuck wurde nämlich der Antrag eingebracht, daß die britische Regierung sich mit den Großmächten vereinigen möge, um die Anerkennung der Unabhängigkeit von den conföderirten Staaten zu bewirken. Bei dieser Gelegenheit theilte der Antragsteller mit, daß er mit dem Unterhausmitgliede Lindsay eine Audienz bei dem Kaiser der Franzosen gehabt, in welcher sich Letzterer auf das Bestimmteste dahin erklärt habe, daß er gern bereit sei, die amerikanischen Südstaaten anzuerkennen, daß aber seine Bemühungen an dem Widerstreben Englands gescheitert seien, dessen Regierung in dieser Frage überhaupt nicht ganz offen gehandelt habe. Letzteres wurde im Namen des Ministeriums vom Schatzkanzler für unbegründet erklärt, mit dem Hinzufügen, daß eine Anerkennung der conföderirten Staaten bis auf Weiteres unpolitisch und zwecklos sei. Doch mußte der Minister zugestehen, daß die Majorität des englischen Volkes mit dem Unabhängigkeitskampfe der Südstaaten sympathisire, und daß er selbst nicht an die Wiederherstellung der amerikanischen Union glaube. Die Debatte mußte vertagt werden und nahm in der nächsten Sitzung einen sehr heftigen Charakter an, da der Unterstaatssecretär Layard die Beschuldigung Roebuck's, als habe die britische Regierung der französischen gegenüber eine zweideutige Rolle gespielt, energisch zurückzuweisen bemüht war. Zu einem weiteren Resultate führte die Verhandlung vorläufig nicht, da die Debatte abermals bis zum 13. Juli vertagt wurde. Mittlerweile hat der Pariser Moniteur zugestanden, daß es mit der Audienz des Herrn Roebuck seine Richtigkeit hat und daß der französische Botschafter in London wirklich beauftragt worden ist, bei der englischen Regierung für die Anerkennung des amerikanischen Südens sich zu verwenden. Die im Herbst v. J. officiell in London ge-

machten Vorschläge liefen bekanntlich nur auf eine Vermittelung der beiden Seemächte hinaus, durch welche dem amerikanischen Bürgerkriege ein Ziel gesetzt werden sollte. Von einer Anerkennung des Südens war damals noch keine Rede.

Seit einigen Tagen geht das Gerücht, daß Lord John Russell von der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zurücktreten und durch Lord Clarendon ersetzt werden solle. Letzterer leitete dieses Departement schon während des Krimkrieges.

Rußland. Die kaiserliche Regierung hat sich endlich nach langem Sträuben entschlossen, die Stände des Großherzogthums Finnland zu einem Landtage einzuberufen, welcher am 12. Sept. d. J. eröffnet werden soll. Hiernach wird die Verfassung von 1772, welche so lange geruht, wieder in Kraft treten. — Es werden auf allen hierzu geeigneten Punkten Finnlands umfassende Kriegsrüstungen getroffen; namentlich sammelt die Regierung große Proviantvorräthe an. Man scheint hiernach der Fortdauer des Friedens in Petersburg doch nicht recht zu trauen.

General Murawiew, in dessen Hände die Militär- und Civilgewalt Lithauens gelegt ist, giebt durch sein rücksichtsloses und barbarisches Verfahren zu immer lauterem Klagen Anlaß. Der General hat den Soldaten befohlen, den polnischen Frauen, welche sich in der verbotenen Trauerkleidung zeigen, die Kleider auf der Straße herabzureißen, und der Befehl wird auf die brutalste Weise vollzogen. Ferner ist der General zu einer neuen Besteuerung der Gutsbesitzer verschritten, bei welcher mit der größten Willkür verfahren wird. Diese Steuer, welche eigentlich eine Gefinnungssteuer genannt werden darf, beträgt 10 Proc. des Gutsertrags und muß binnen 7 Tagen eingezahlt werden, widrigenfalls Mobilien, Vieh, Pferde und Getreidevorräthe der Gutsbesitzer unnachsichtlich weggenommen werden. Die Einschätzung des Ertrags erfolgt durch Offiziere, welche davon nicht das Mindeste verstehen. Diejenigen Grundbesitzer, aus deren Familie sich Mitglieder, ohne anzugeben, wohin, entfernt haben, sollen sofort dem Gouverneur angezeigt werden, damit ihre Abgaben erhöht werden können, weil solche doppelt schuldig im Verhältnisse zu Andern erscheinen. Nicht minder sollen diejenigen, welche sich loyal gegen die Regierung erweisen, zur Anzeige gebracht werden, damit ihnen Erleichterungen bei Erhebung jener Abgabe gewährt werden können. Eine weitere Verordnung Murawiew's ordnet an, daß die Grundbesitzer, welche die Revolution unterstützen, einer solchen Unterstützung verdächtig sind, oder sich von Haus und Hof entfernen, ihres Besitztums verlustig gehen sollen. Haus und Hof sollen sofort den Gemeinden überwiesen und von diesen den besitzlosen Budnern und Tagelöhnern oder solchen Bauern zur Bewirthschaftung überwiesen werden, welche sich durch loyales Verhalten gegen die Regierung ausgezeichnet haben. Zugleich werden alle Gemeindebewohner aufgefordert, den Adel und alle Grundbesitzer zu überwachen und falls sich diese der Unterstützung des Aufstandes schuldig oder auch nur verdächtig machen, sofort Anzeige zu erstatten, damit Haus und Hof der Denuncirten der Gemeinde überwiesen werden kann. Durch diese Verordnung ist die Sicherheit des Eigenthums aufs Aeußerste gefährdet, denn es wird sicher nicht an Personen fehlen, welche sich durch eine Denunciation, sei sie auch noch so unbegründet, in den Besitz fremden Eigenthums zu setzen suchen werden. Auch die Hinrichtungen und Verbannungen mehren sich unter dem grausamen Murawiew'schen Regimente in erschreckender Weise, und das barbarische Auftreten dieses Generals ist eher geeignet, dem Aufstande Vorschub zu leisten, als ihn zu unterdrücken.

Die Schlesische Zeitung theilt aus Warschau mit, daß die russische Regierung am 3. Juli von der Citadelle aus wiederum gegen 1000 politische Gefangene unvermuthet mit einem Extrazuge der Eisenbahn nach Rußland habe befördern lassen. Man vermuthet, daß das Ziel der Unglücklichen Sibirien sein wird. — Die Einwohner von Warschau werden von der geheimen Nationalregierung ermahnt, keine Steuern an die russische Regierung zu zahlen, sondern sich ruhig ins Gefängnis abführen zu lassen. Zuwiderhandlungen werden mit Strafe bedroht. — Ein Kassenbeamter des Warschauer Oberpostamts hat sich mit Hinterlassung eines Deficits von 45,000 Silberrubeln heimlich

entfernt; er hinterließ die schriftliche Erklärung, daß die fehlende Summe von ihm der geheimen Nationalregierung übergeben worden sei.

Gefechte zwischen den Russen und Insurgenten kommen fast täglich vor; doch hat bisher keins derselben zu erheblichen Resultaten geführt, und wenn wiederholt die Vernichtung revolutionärer Banden gemeldet wird, so zeigt andererseits das erneuerte Auftreten derselben, daß der Aufstand, obgleich er sich auf keine allgemeine Volkserhebung zu stützen vermag, keineswegs im Abnehmen begriffen ist, sondern die außerordentlich verstärkte Militärmacht der Russen vollauf zu beschäftigen weiß.

Aus Tiflis wird unter'm 21. Juni gemeldet, daß in Transkaukasien ein Aufstand ausgebrochen ist. Fürst Cholukoff soll nebst 200 Russen bei Zakatali, einem 20 Meilen östlich von Tiflis am Fuße des Kaukasus gelegenen Orte, ermordet worden sein. Die Tartaren, welche bisher zu den Russen hielten, haben sich dem Aufstande angeschlossen.

Griechenland. Der schon längst gefürchtete Ausbruch einer neuen Revolution ist durch die Wiederbesetzung des Thrones nicht abgewendet worden und die Leidenschaft der Parteien droht abermals Unheil über das schwer heimgesuchte Land zu bringen. Schon in den letzten Tagen des vergangenen Monats fanden in der Nationalversammlung heftige Debatten statt und die provisorische Regierung war den schärfsten Angriffen ausgesetzt, so daß man einen neuen Ministerwechsel für unausbleiblich hielt. Damit ist es aber nicht abgethan gewesen. Unterm 1. Juli meldet der Telegraph den Ausbruch einer Militärrevolution. Ein Theil der Armee und der Nationalgarde blieb der Regierung treu; an mehreren Orten haben Kämpfe stattgefunden. Der englische und französische Gesandte boten ihre Vermittelung an, aber ohne Erfolg. Der Präsident der Nationalversammlung hat die Executivgewalt übernommen und der Oberbefehl ist in die Hände eines Obersten gelegt. Nähere Berichte über die Vorgänge in Athen fehlen bis jetzt.

Amerika. Die Angaben über die Stärke der in Pennsylvania und Maryland eingerückten conföderirten Truppen lauten unbestimmt und widerspruchsvoll. Einmal heißt es, daß der Feind höchstens mit 4000 Mann in jene Staaten eingedrungen sei, dann wird wieder versichert, daß allein in Maryland 12 conföderirte Regimenter in der Nähe von Hagerstown aufgestellt sein sollen. Diese Ungewißheit wird durch die strenge Censur, welche die Regierung über die Telegraphen ausübt, nur noch vermehrt. Gewiß ist, daß der Unionsgeneral Hooker noch keine Anstalt gemacht hat, den Feind aus seinen Stellungen zu vertreiben. Nur bei Recognoscirungen ist es zu einigen Cavaleriegefechten gekommen, in denen die Conföderirten den Kürzeren gezogen haben sollen. Der Bundesgeneral Mitroy, welcher bekanntlich am 15. Juni vor den anrückenden Südruppen unter Ewell die Stadt Winchester in Virginien räumen mußte (s. Nr. 27), hat auf seinem Rückzuge durch den verfolgenden Feind so schwere Verluste erlitten, daß er von 7000 Mann nur noch 1700 nach Harper's Ferry brachte; er wird daher wegen seiner Ungeschicklichkeit streng getadelt. — In Vicksburg steht Alles noch beim Alten; die Belagerung nimmt ihren Fortgang, aber es heißt, daß die Belagerten fortwährend Zufuhr aus De Soto, am jenseitigen Ufer des Mississippi, empfangen, welcher Ort vollständig durch ihre Batterien gedeckt ist.

In Pennsylvania haben sich viele auf achtmonatliche Dienstzeit einberufene Mannschaften geweigert, in das Heer einzutreten, weil sie fürchteten, länger im Dienste zurückgehalten zu werden, als die jenem Staate drohende Gefahr es erfordert. Der Gouverneur hat deshalb die Zusicherung ertheilen müssen, daß die Einberufung nur für den gegenwärtigen Nothfall (der Bedrohung durch die Conföderirten) erfolge. In Bloomington (Staat Indiana) hatten sich 1000 Bürger auf dem Felde verschanzt, um der Conscription Widerstand entgegenzusetzen; ein Werbeoffizier wurde von ihnen föllirt. — Eine nach Washington gekommene Deputation aus Louisiana hat den Präsidenten Lincoln gebeten, die Emancipations-Proclamation für den Staat Louisiana wieder annulliren und den Staat als einen Sklavenstaat zur Union zurückkehren zu lassen. Man glaubt aber nicht, daß der Präsident auf dieses Gesuch eingehen wird.

Das verlassene Haus.

Erzählung von Carl v. Kessel.

(Fortsetzung.)

Herr von Hohenthurm steckte die Karte zu sich und bestellte zunächst eine elegante Miethkutsche, die er vor dem Theater halten ließ. Angegeben hatte er, daß es sich um eine Reise auf's Land handle, die eine Verwandte von ihm gleich nach beendigter Vorstellung antreten wolle, um eine Freundin in aller Frühe zum Geburtstag zu überraschen. Dem Kutscher war von ihm der Weg bezeichnet worden, welchen er einschlagen sollte und er hatte ihm befohlen, bei dem Doctor Morrion anzuhalten, den die Dame wegen eines Krankheitsfalles konsultiren wolle. Nach diesen Vorbereitungen nahm er sich ein Billet und trat ins Parterre. Sein Auge erspähte bald Leontine, welche sich in einer Loge des ersten Ranges an der Seite einer alten Dame befand, mit der sie öfter das Schauspiel zu besuchen pflegte.

Der Baron zog seine Uhr. „Es geht stark auf neun,“ murmelte er — „es ist also Zeit.“

Er verschwand, löste sich ein Billet zum ersten Rang und befand sich wenige Minuten darauf in der Loge Leontinens.

„Verzeihung, mein Fräulein, daß ich zu stören wage —“

Die junge Dame verbeugte sich höflich, aber gemessen.

„Ich komme auf Befehl Ihres Heren Vaters.“

„Meines Vaters?“ rief Leontine etwas verwundert.

„Ja, und zu meiner Legitimation gab er mir dies Kreditiv mit.“

Herr von Hohenthurm präsentirte bei diesen Worten die Visitenkarte des Indiers.

„Was befehlt mein Vater?“ fragte das junge Mädchen.

„Er bittet, daß Sie sich unter meiner Begleitung augenblicklich zu der Frau Gräfin von Wolkenstein begeben, wo er Sie erwartet.“

„Mein Gott, was ist denn vorgefallen?“

„Jedenfalls Etwas, was Sie sehr angenehm überraschen wird, mehr darf ich nicht sagen. Beliebt es Ihnen einzusteigen? Der Wagen steht bereit.“

Leontine verabschiedete sich bei ihrer Gesellschafterin und eilte arglos die Treppe hinunter. Der Baron riß sehr galant den Schlag der Chaise auf, die Dame stieg ein, dann folgte er selbst und in der nächsten Secunde rasselte der Wagen über das Pflaster.

„Mein Gott,“ sagte Leontine nach einer Weile, „es ist doch wunderbar, wie viele Zeit der Kutscher braucht; nach meiner Berechnung müßten wir schon längst den kurzen Weg zurückgelegt haben.“

„Man sieht wohl,“ scherzte der Baron, „die Zeit wird Ihnen in meiner Gesellschaft lang.“

Die Tochter des Indiers gab keine Antwort; sie horchte.

„Lassen Sie anhalten,“ rief sie plötzlich erschrocken, „hier muß ein Irrthum obwalten, der Wagen hat das Steinpflaster verlassen und ich erblicke auch keine Laterne mehr.“

Jetzt änderte Herr von Hohenthurm seine Rolle. Er kehrte plötzlich die rauhe Seite heraus und rief:

„Keinen Laut; wenn ich bitten darf, es geschieht auf Gefahr Ihres Lebens?“

Leontine wollte aufschreien, aber die Hand ihres Begleiters legte sich ohne Weiteres auf ihren Mund und drohend sagte er:

„Wollen Sie, daß ich Ihnen einen Knebel anlege?“

Jetzt sank das junge Mädchen in Ohnmacht. Es ahnete die Gefahr, aber es begriff sie noch nicht.

Ein unheimliches Schweigen trat ein; die Chaise rollte immer weiter.

Plötzlich hielt sie still; aus dem Dunkel der Nacht tauchten die Umrisse eines großen Gebäudes auf.

„Wir sind zur Stelle,“ sagte der Kutscher, vom Bod steigend.

„Ziehen Sie an der Glocke,“ rief Herr von Hohenthurm.

Kaum durchzitterten die Töne die Luft, als sich mehrere Personen mit schnellen Schritten nahen.

„Erbarmen, o Erbarmen, mein Herr!“ flehte das Mädchen.

„Von Ihrer Folgsamkeit hängt das Leben Ihres Vaters ab; wollen Sie nun noch zögern?“

„So mag mich Gott beschützen!“ und schwankend und zitternd verließ das arme Kind den Wagen.

„Ich übergebe Ihnen diese Dame,“ sagte der Verbündete der Frau von Wolkenstein zu einem Herrn, welcher ihm am nächsten stand, „mein Auftrag ist erfüllt; erfüllen Sie nun auch den Ihrigen.“

„Darf ich bitten einzutreten,“ sagte dieser zu Leontine gewendet.

Ehe dieselbe noch zu einem Entschluß gelangen konnte, schloß sich das Gitter bereits hinter ihr.

Sie war eine Gefangene; das sah sie jetzt ein, aber das junge Mädchen besaß Muth und Verstand, und nachdem der erste Schreck vorüber war, lehrte seine Besonnenheit zurück. Es sah ein, daß es der List List, der Verstellung Verstellung entgegenzusetzen müsse. Reizen durfte Leontine diese Menschen nicht, das begriff sie wohl und Zeit gewinnen, hieß Alles gewinnen.

„Führen Sie die Dame auf Ihr Zimmer,“ sagte der Herr, welcher Leontine in Empfang genommen hatte, zu einer Frau von einigen dreißig Jahren, deren Kleidung auf eine bevorzugte Stellung deutete.

Ein Frösteln durchrieselte die arme Gefangene, aber sie bezwang sich und folgte ihrer Führerin durch mehrere lange Gänge, bis diese sie in ein kleines, abgelegenes Zimmer treten ließ.

Hier gewann Leontine zum ersten Mal wieder die Sprache.

„Wo bin ich?“ frug sie, indem sie in dem unheimlichen, mit vergitterten Fenstern versehenen Gemache umherblickte.

„Beim Doctor Morrion.“

„Die junge Dame stieß einen Schrei aus. „Ich befinde mich also im Irrenhause!“ rief sie und sank auf einen Stuhl.“

„Ja, meine Theure,“ antwortete Hortense, die Geliebte des Arztes, hohnlächelnd, „ja, Sie befinden sich in einem Hause, wo man die Widerspänstigen nöthigen Falls durch die Zwangsjacke, durch Sturzbäder und durch den Drehstuhl zum Gehorsam bringt. Doch ich hoffe, dies wird bei Ihnen nicht nöthig sein. In vierundzwanzig Stunden werde ich das Vergnügen haben, mit Ihnen abzureisen.“

„Abreisen? — Und wohin?“

„Nach Paris, mein Kind, in das Kloster der graten Schwestern. Dort werden Sie dann Muse haben, sich von der Ueberraschung zu erholen, die Ihnen heute bereitet worden ist.“

Mit diesen Worten entfernte sich Hortense, schlug die Thüre hinter sich zu und schob mehrere starke Riegel vor dieselbe. Bei Leontine brachen aber jetzt die lange zurückgehaltenen Thränen hervor und in schweren Tropfen rannen ihr dieselben unaufhaltsam über die Wangen. Dies erleichterte wenigstens einigermaßen ihr Herz und sie gewann endlich die Kraft, ihre Lage mit Besonnenheit zu überschauen.

„Ich bin in ein schändliches Netz gefallen,“ dachte sie, „das ist klar, und die Menschen, in deren Gewalt ich mich befinde, sind gewiß auch zu Allem fähig. Widerstand hilft hier nichts; er würde diese Ungeheuer nur reizen. Ich werde daher zur Verstellung meine Zuflucht nehmen und mich nöthigenfalls bis Paris führen lassen. Gott wird ein Verbrechen nicht zugeben und mein Vater und mein Verlobter werden nicht eher ruhen, bis sie meine Spur aufgefunden haben.“

Ermuthigt durch diese Betrachtungen, wendete sich das junge Mädchen darauf in heißem Gebet zu Gott und wer sich jemals so recht verlassen in der Welt gefühlt hat, der wird vielleicht auch schon die Erfahrung gemacht haben, welchen Trost, welche Beruhigung es gewährt, wenn man sich so recht vertrauensvoll der göttlichen Barmherzigkeit in die Arme wirft.

Auch bei Leontine blieb diese Wirkung nicht aus. Eine milde Ergebung in ihr Loos, die Zuversicht auf ihre Befreiung war an die Stelle der Angst und Verzweiflung getreten. Sie besaß sogar jetzt den Muth, sich zu entkleiden und die müdegeweinten Augen zum Schlummer zu schließen. Und wer sie so hätte betrachten können, wie sie jetzt sanft athmend, von heiligem Frieden umflossen, in den Armen des Schlafes lag, der würde gewiß nicht ungerührt beim Anblick dieses unschuldigen Wesens geblieben sein, welchem böse Menschen so unverhofft die Dornenkrone aufs Haupt gedrückt hatten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Zollvereinskrisis.

Die Geburtswehen der deutschen Einheit, so scheint es, künden sich von Zeit zu Zeit an in den Krisen des deutschen Zollvereins an. Es ist eins der wenigen Bindemittel, das die Sehnsucht nach einer Einheit in Deutschland tatsächlich verwirklicht. Und von nicht geringem Belang ist es, daß unser Volk von Denkern, dem so viel von den realen Hindernissen einer innigeren Vereinigung vorgepredigt wird, zuerst auf dem realen Boden des Zollvereins, zuerst aus wirthschaftlichen Gründen und Rücksichten eine gewisse Gemeinsamkeit unter sich herstellte.

Die Geschichte des Zollvereins ist kurz die. Art. 19 der Bundesacte verpflichtete die deutschen Bundesfürsten, zur Förderung des Handels und Verkehrs in Deutschland auf dem Lande und zu Wasser in der ersten Zusammenkunft der Bundesversammlung Berathung zu pflegen. Es kam aber nicht dazu. Infolge der in den Jahren 1816/17 eingetretenen Hungersnoth mahnte Württemberg zur Erfüllung jener Zusage, indem es (im Mai 1817) darauf antrug: alle außerordentlichen Beschränkungen des gegenseitigen Verkehrs mit den nothwendigsten Lebensbedürfnissen in den Bundesstaaten aufzuheben und so durch gemeinsame Maßregeln die deutschen Staaten einander näher zu bringen. Der Antrag hatte keinen Erfolg. Der berühmte Nationalökonom Friedrich List von Reutlingen nahm ihn wieder auf und bat im Namen des von ihm gegründeten süddeutschen Handels- und Gewerbevereins den Bund um Erfüllung jener Zusagen, insbesondere um Befreiung des deutschen Verkehrslebens von den Zöllen an den inneren Landesgrenzen. Der Bundestag meinte, das sei nur im Wege einer Revolution möglich und lehnte ab. Auf der Wiener Ministerialconferenz im Frühjahr 1820 bezeichnete Fürst Metternich den Wunsch nach gemeinsamer Handelsgesetzgebung als einen frommen, unausführbaren, während der Vertreter der Thüringischen Staaten in Erfüllung jener Zusage der Bundesacte das sicherste Mittel zur Erhaltung und Befestigung der Ruhe in Gesamtdeutschland erblickte. Das Ergebnis war — keines, denn die Redensart im letzten Artikel der Wiener Conferenz-Akte, wonach dieser Gegenstand zur ferneren Bearbeitung und Herbeiführung möglichst gleichförmiger Verfügungen durch gemeinschaftliche Uebereinkunft vorbehalten bleiben sollte, war und blieb eben Redensart. Auf dem Bundeswege kam nichts zustande. Dagegen bildeten einzelne Staaten mit einander Zollvereine, so, und zwar allen anderen voran, Preußen mit den anhaltischen Fürstenthümern, einem Theile von Schwarzburg-Sondershausen und dem Großherzogthum Hessen, so Württemberg mit den beiden Hohenzollern und später mit Baiern, so Hannover mit Braunschweig und Oldenburg. Am 24. Sept. 1824 ward zu Kassel der mitteldeutsche Handelsverein begründet, an welchem Hannover, Sachsen, Kurhessen, Braunschweig, Nassau, Oldenburg, die sächsischen Herzogthümer, die reussischen Fürstenthümer, Schwarzburg-Rudolstadt, Bremen und Frankfurt Theil nahmen. Er war gegründet, um dem preussisch-hessischen Zollvereine, der Preußen ein Uebergewicht zu geben drohte, entgegenzuwirken und eine Vereinigung mit Preußen fernzuhalten. Doch die praktischen Bedürfnisse des Handels und Verkehrs siegten über dynastische Interessen und der Nichtzutritt einiger mitteldeutscher Regierungen drängte die Mitglieder des mitteldeutschen Handelsvereins zur Aufgabe ihres Sonderbundes und zur Verständigung mit Preußen auf Grundlage des, zunächst für die preussischen Provinzen unter einander bestimmten Zoll- und Verbrauchs-systems vom Jahre 1818, das im Prinzip auf Handelsfreiheit basirte. In der Zeit von 1829 bis 1833 schlossen sich dem preussisch-hessischen Zollvereine an: Sachsen-Meiningen und Koburg-Gotha (1829), Waldeck und Kurhessen (1831), der Württembergisch-Bairische Zollbund, Sachsen und Thüringen (März 1833). Von da an datirt der deutsche Zollverein, dem später noch Hessen-Homburg, Baden, Nassau (1835), Frankfurt (1836), Lippe-Detmold und Braunschweig (1841), Luxemburg (1847) und der hannoversche Steuerverein (Hannover, Oldenburg, Schaumburg-Lippe — 1853) sich anschlossen. Als zu Beginn der fünfziger Jahre der Ablauf der Zollvereinsverträge nahe bevorstand, machte Oesterreich Vorschläge zu einem Handelsvertrage mit dem Zollvereine vom 1. Januar 1854 an. Durch diesen sollte der beiderseitige Verkehr erleichtert

und die Tarifänderung des einen Gebiets von der Einwilligung des andern abhängig gemacht, vom Anfang 1859 ab aber eine volle Zolleinigung herbeigeführt werden. Die Süd- und einige mitteldeutsche Staaten traten für diesen Vorschlag Oesterreichs ein und es drohte eine Trennung. Unter diesen Umständen nahm man den hannoverschen Steuerverein gegen vortheilhafte Bedingungen in den Zollverein auf und kündigte den hiermit unzufriedenen Regierungen den Zollverein für Ende 1853. In der Berliner Conferenz 1852 kam keine Einigung zu Stande und erst infolge des zwischen Preußen und Oesterreich verhandelten Vertrags vom 19. Februar 1853 gaben die Süddeutschen unter Beitritt zu diesem Vertrage ihren Widerstand auf und erneuten die Zollvereinsverträge auf zwölf Jahre bis zum 31. December 1865.

Der Zollverein umfaßt nun ganz Deutschland mit Ausnahme von 9 sehr verschiedenen Staaten, als: Oesterreich, Lichtenstein, die beiden Mecklenburg, Holstein, Limburg, Bremen, Hamburg und Lübeck. Die Mitglieder zerfallen in unmittelbare, die mit ihrem ganzen Gebiete dazu gehören, wie die fünf Königreiche, Baden, beide Hessen, die thüringischen Staaten, Braunschweig, Oldenburg, Frankfurt a. M., und in mittelbare, welche nur mit Gebietstheilen beitraten und von je einem unmittelbaren Vereinsmitgliede vertreten werden, wie Hessen-Homburg, Waldeck, die anhaltinischen Länder, Lippe, Luxemburg, Mecklenburg-Schwerin, Bremen.

Das Gebiet des Zollvereins umfaßt 9045½ Q. Meilen mit 33,772,260 Einwohnern, also über $\frac{1}{2}$ des deutschen Bundesgebiets (11,460 Q. M.) und 75 Procent der deutschen Bundesbevölkerung (45,400,000 E.).

Das früher schon durch Landstraßen und Posten, neuerdings durch Eisenbahn- und Telegraphenneze verbundene Zollvereinsgebiet bildet ein gemeinschaftliches, von Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangsabgaben freies Absatzgebiet mit gegenseitiger Freiheit des Handels und Verkehrs.

Nach außen hin erscheint das zollvereinte Deutschland als eine Einheit, in deren Namen Handelsverträge mit anderen Staaten abgeschlossen wurden, so mit der Türkei, mit Belgien, mit Oesterreich, mit den Italienischen Staaten.

Die jährlichen Einnahmen des Zollvereins sind von 1830, wo sie 11,808,551 Thlr. oder 16 Ngr. 1 Pf. für den Kopf betragen, im Jahre 1858 auf 36,023,280 Thlr. oder 28 Ngr. 8 Pf. gestiegen. Die Ausfuhr von Ganzfabrikaten aus dem Zollverein betrug 1858 für 203,683,000 Thlr. Werth, also über 6 Thlr. auf den Kopf der Bevölkerung.

Der Zollverein hat sich zu einem Industrie- und Handelslande entwickelt, seine Exportfähigkeit ist während der letzten Jahre außerordentlich gestiegen und selbst die Erzeugnisse deutschen Gewerbfleißes, die gegenwärtig im Inlande noch hohe Schutzölle genießen, concurriren auf dem großen Weltmarkte mit Erfolg. Das hat sich auf den Industrieausstellungen immer glänzender bewährt. Der Zollverein ist in 14 Verwaltungsbezirke nach den einzelnen ihm zugehörigen Landes-theilen geschieden. Seine Verwaltung erfolgt durch Generalconferenzen, die alljährlich im Juni stattfinden und für welche Stimmeneinheitlichkeit erfordert wird. Von den 30 Mitgliedern des Vereins ordnen 12 Staaten zu diesen Conferenzen einen besonderen Bevollmächtigten ab. Die Schwerfälligkeit dieser Conferenzen liegt auf der Hand. Einmal wird Stimmeneinheitlichkeit erfordert, um einen Beschluß durchzusetzen. Da aber die Conferenzen nur von den Vereinsregierungen, nicht von den Vereinsvolksstämmen besetzt sind, so unterliegen diese Regierungsbeschlüsse noch in jedem Bande der Genehmigung des Landtags.

Die Zollvereins-einnahmen werden bekanntlich an die einzelnen Vereinsländer nach Verhältnis der Kopfszahl vertheilt.

Im Geschäftsjahre 1862 hat der Zollverein an Eingangsabgaben 25,703,236 Thlr. und an Aus- und Durchgangsabgaben 143,191 Thlr., im Ganzen 942,716 Thlr. mehr als im Vorjahre vereinnahmt. Die Reineinnahme beträgt 22,648,482 Thaler. Sachsen mußte hierzu 1,027,636 Thlr. als den Mehrbetrag seines Antheils an der Ausgabe gegen den an der Einnahme herauszahlen, ebenso Preußen 11,664,263 Thlr., während Baiern, Württemberg, Hannover u. s. w. herausbekamen.

Die Zollvereinsverträge sind auf je 12 Jahre vereinbart und werden bei unterbleibender Kündigung stillschweigend fortgesetzt. Am 1. Januar 1864 läuft die Kündigungsfrist für die nächste Zollvereinsperiode ab.

Die Krisis, in welcher die Zollvereinsstaaten sich befinden, ist eine dreifach begründete. Einmal wiederholt sich jetzt dieselbe Erscheinung wie vor zwölf Jahren — es stellt sich heraus, daß die volkswirtschaftliche Frage eine politische in der guten, wie in der übeln Bedeutung des Wortes ist. Das Ringen des deutschen Volkes nach Einheit, nach Macht, nach Einfluß, nach Existenz ist ein ideales, aber es hat keine sehr reale Grundlage. Es geht dem Volke, wie jedem Einzelnen. Nur dann kann es in Behaglichkeit den höchsten Lebenszielen nachgehen, wenn seine äußerlichen Lebensbedingungen festgestellt und gesichert sind. Wohlstand im Innern, reiche Handelsbeziehungen nach außen bilden die Vorbedingung für die politische Großmachtstellung. Auf der anderen Seite können diese realen Gewährleistungen nicht beschafft werden, ohne jene idealen Güter. So bewegt sich Alles in Deutschland im Kreise herum. Um den idealen Forderungen nach Einheit und Volksfreiheit auszuweichen, kamen Manche auf den Gedanken, dem Volke Brod zu bieten, materielle Hebung und Wohlfahrt. Aber Geist und Körper sind für das Menschenauge nicht trennbar im lebendigen Organismus, der seine Grenzpunkt, wo die materielle unvermerkt in die ideale Forderung hinüberschweift, und umgekehrt, widersteht jeder Sonde. Und so kommt keine materielle, keine wirtschaftliche Reform zu Stande ohne geistige Vorarbeit, ohne ideale Thätigkeit und Sehnsuchts-erweckung. Je wohlhabender der Mann, desto weniger gern läßt er sich störende Schranken gefallen, desto freiere Zeit bleibt ihm zu geistiger Thätigkeit und gemeinnütziger Wirksamkeit. So ist es denn natürlich, daß der Zollverein, diese erste und lange Zeit einzige Verbindung deutscher Bundesstaaten für gemeinsame Zwecke, zum Ausgangspunkte von Bestrebungen ward, welche nicht bloß für die wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes eine Einigung herbeiführten. Und nicht minder erklärlich ist es, daß das gewaltige Ringen nach Einheit, als es nach herrlichem Anlauf im ersten deutschen Parlament, im Jahre 1849 so schmählich Schiffbruch litt, als die lieblichen Traumgebilde zerflossen und das schlaftrunkene Auge den alten Bundespalast wieder erblickte, sich an den Zollverein anklammerte, als den einzigen um seiner Vormärzlichkeit willen nicht zu beseitigenden Anker der deutschen Einheitsflotte. Aber nicht bloß diese edlen politischen, diese nationalen, auch niedere politische, partikularistische Motive nisteten sich ein. Weil man hier im Zollverein den letzten Rest deutscher Einheit erblickte, suchte man dort ihn zu zerstören. Der Zollverein war eine Schöpfung der Nothwendigkeit, der eines Staatenbundes im Staatenbunde, sein Schöpfer, sein Führer, sein Mittelpunkt war Preußen. Und weil die Einheitsbestrebungen des Jahres 1848 Preußen — und wahrlich weder seiner Dynastie, noch seiner Aristokratie wegen — zum Mittelpunkt der politischen Neugestaltung Deutschlands erhoben, weil dieser größte unter den reindeutschen Staaten auch zur politischen Leitung berufen war — wurde der Zollverein bekämpft und mit der Auflösung bedroht. Von da an schreibt sich die traurige Befehdung der beiden deutschen Großmächte Oesterreich und Preußen. Bis 1848 waren beide einig im *dolce far niente*, in der süßen Gewohnheit des absoluten Daseins, in der Unterdrückung constitutioneller Regungen der Mittel- und Kleinstaaten, von 1848 ab beföhden sie sich selbst und stritten, Oesterreich immer erfolgreicher als Preußen, um die Hegemonie, die für Oesterreich bisher praktisch in dem Präsidium des Bundestages als Erinnerung an den alten Kaisersitz (dem Ringfragen an Stelle des Harnisch) bestanden hatte. Oesterreich schlossen sich die meisten Regierungen, insbesondere die süddeutschen an und so wurde ganz unberechtigterweise die partikulistisch-politische Frage mit der volkswirtschaftlichen vermengt, die allerdings auf national-politischer Voraussetzung beruht.

Die damaligen Differenzen wurden nach dem schwächlichen Rückzuge Preußens in Olmütz nur sehr oberhin gelöst in dem österreichischen Handelsvertrage, einem Ergebnisse der Vermittlung, die nach dem Ableben des preußenseindlichen Fürsten Schwarzenberg vom Handelsminister Bruck erzielt ward. Daß

es aber nur eine Beschwichtigung, keine Beilegung des Streites war, sollte sich bei dem nunmehrigen Wiederablauf einer Zollvereinsperiode aufs Deutlichste zeigen.

Neben der politischen ist die wirtschaftliche Frage für die Beurtheilung der Krisis von Bedeutung. Es hat sich im Laufe der Zeit das Bedürfnis einer Reform des Zollvereins immer klarer herausgestellt, wie denn der großartige Aufschwung, den innerhalb des abgelaufenen Menschen- und Zollvereinsalters die Industrie gewonnen, ganz nothwendig andere Grundsätze erheischt, als diejenigen sind, welche bei dessen Begründung maßgebend waren und — noch schlimmer — gegen die liberalen Gründungsprincipien sich nach und nach einschmuggelten, auch bei der Schwere einer vertragsmäßigen Aenderung durch Zollconferenzen in Geltung geblieben sind. Denn obwohl im großen Ganzen ein Ausfluß der unser Jahrhundert beherrschenden und immer siegreicheren Erfolg erzielenden Freihandelstheorie, ist doch die dormalige Zollvereinsverfassung größtentheils auf das Schutzollsystem basirt. Dadurch fühlen die wirtschaftlichen Kräfte, je mehr sie ihre Schwingen entfalten, sich um so schwerer gefesselt, Handel und Verkehr sich beeinträchtigt. Rings um uns her, in Frankreich, dem früher schutzöllnerischen Lande der Welt, in England, in Belgien, der Schweiz, fallen die Zollschranken, nur Deutschland steht heute noch zurück, theilweise sogar hinter dem Standpunkte von vor dreißig Jahren. Die Zölle haben eine doppelte Bedeutung, als Schutzölle zur Förderung einheimischer Arbeit und als Finanzölle, zur Erzielung fiskalischer Einnahmen. Die Schutzölle für alle Völker und Zeiten, für alle Waaren und Produkte verwerfen, das heißt das Kind mit dem Bade ausschütten. Sie sind vielmehr recht eigentlich das Bad, in dem das Kind der Industrie gekräftigt werden soll. Allein es muß wirklich ein kräftigendes, kein erstickendes sein, es ist ferner eben für das Kind bestimmt, nicht für den Mann. Hat in irgend einem Lande ein Gewerbe wirklich eine Zukunft, sind ihm sonst alle Auspicien günstig, so mag es eine ganz richtige Handelspolitik sein, wenn man Zölle auf die ausländische Concurrnz legt und so der einheimischen es ermöglicht, billiger zu verkaufen. Allein das hat seine Zeit und sein Maß. Kann das einheimische Gewerbe an der Hand der Schutzölle nicht allmählich so erstarken, daß es auf eignen Füßen zu stehen vermag, bedarf es fort und fort des prohibitiven Gängelbandes, dann ist es ein ungesundes Gewerbe, dann handelt der Staat thöricht, wenn er, um diesem ungesunden Gewerbe, das nicht leben kann und nicht sterben will, die kümmerliche Fortdauer zu fristen, für die bedeutend große Mehrtheit seiner Zehrer (Consumenten) die Waaren durch jenen Zoll vertheuert. Man kommt hier ganz auf dasselbe Resultat wie bei der glücklich gelösten Frage der Gewerbe-freiheit. Auch die Zunftverfassung war eine Art Schutzoll, nur freilich eine der schlimmsten. Jede andere, als die zünftige Arbeit, war ganz prohibirt, die Zunftarbeit war monopolisirt. Und doch schlug der Gesichtspunkt durch: freie Concurrnz; eine ungesunde Arbeit verdient keinen Schutz und kein Vorrecht, die Mehrzahl der Consumenten ist zu berücksichtigen, eine Mehrzahl, die richtig gefaszt, zur Einhelligkeit wird. Denn jeder Producent ist in neun Mal stärkerem Grade Consument. Aus all diesen Gründen können unmöglich Schutzölle, die vor einem Menschenalter eingeführt wurden, heute noch brauchbar sein. Entweder sind sie überflüssige Gängelbänder für den längst erwachsenen Mann, oder sie sind Krücken für einen Lahmen — und der hat Anspruch auf persönliches Mitleid, nicht auf Erhebung seiner Bedürfnisse zum Maßstabe der Gesamtheit. Der Staat soll im Allgemeinen nicht bewormunden, die Freiheit des Gebahrens ist die Regel. Nur aus besonderen Gründen hat die Bevormundung des Staates ihre Berechtigung. Sie ist eine Ausnahme und muß wegfällen, wenn ihre Veranlassung aufhört. So wenig aber der Mündiggewordene seinen Vormund beibehält, so wenig darf die Ausnahme des Schutzolls die Regel der Handelsfreiheit überwuchern.

Nun war es aber eine Unmöglichkeit, die längst gefühlte Nothwendigkeit der Tarifreform, d. h. eben die Beseitigung oder doch Herabsetzung der Zollsätze für ein- und ausgehende Produkte und Waaren im Wege der Stimmeneinhelligkeit bei den 12 Vereinsmitgliedern durchzusetzen. Das Bedürfnis nach dieser

Reform wurde um so dringender, als Frankreich durch Abschluss von Handelsverträgen mit England, Belgien und der Schweiz zur Freihandelstheorie hinneigte, und dem mit dem schutzollnerischen Hemmschuh belasteten Zollverein sich die Aussicht auf Aufsperrung vom europäischen Handelsgebiete eröffnete.

Da ergriff Preußen die sich ihm darbietende Gelegenheit und schloß — das ist zugleich die dritte Ursache der gegenwärtigen Krise — den vielbesprochenen Handelsvertrag mit Frankreich ab, durch welchen der deutschen Industrie das bisher theils prohibitorisch verschlossene, theils schutzollnerisch erschwerte Absatzgebiet Frankreichs erschlossen und zugleich eine Tarifiermäßigung für den Zollverein herbeigeführt werden sollte. Dieser, am 2. Aug. 1862 formell abgeschlossene Handelsvertrag hat den Zweck, die mit Frankreich vereinbarten Zollsätze zu verallgemeinern und auf den Verkehr mit allen Völkern zu erweitern. Von ihm hängt die künftige Zoll- und Handelspolitik des Zollvereins ab. Neben unverkennbaren Vorzügen, dem der zwingenden Nothwendigkeit voran, hat dieser Vertrag auch einzelne Mängel, insbesondere in ungleicher, Frankreich bevorzugender Tarifierung einzelner französischer Waaren, sowie in der Verpflichtung des Zollvereins, Frankreich dieselben Vortheile genießen zu lassen, die einem andern Staate gewährt werden. Hierdurch ist die Fortdauer der Handelsverträge mit Oesterreich allerdings erschwert. Während nun der französische Vertrag von Haus aus sowohl bei den volkswirtschaftlich erleuchteten Regierungen — die sächsische voran — als seitens der Wissenschaft, Volksvertretung und Presse, trotz jener keineswegs unterdrückten Mängel, Anerkennung und Zustimmung fand: erhob sich besonders in Süddeutschland ein Sturm der Opposition dagegen. Sie ging hervor aus einer Coalition der Schutzollner, d. h. vorzugsweise der reichen Industriellen und der Religiösen, wie politischen Partikularisten, die denn auch schließlich im sogenannten Reformverein ihre Einigung gefunden. „Anti-preussisch“ ward der Wahlspruch, an Stelle dieses Handelsvertrags ward eine Zolleinigung mit Oesterreich, Schwarzenbergs alter Plan, substituirt, und die österreichische Diplomatie wußte daraus vortrefflich politisches Kapital zu schlagen. Eine Zolleinigung mit Oesterreich, das heißt gerade so wie eine bundesstaatliche mit diesem, unsere deutschen Bedürfnisse nach den Erfordernissen der Ungarn, Slowaken und Grenzer bemessen lassen, das heißt, Utopien schaffen. Oesterreich will ein Einheitsstaat sein, will seine verschiedenen Nationalitäten in ein Reich und eine politische Familie verschmelzen und blickt doch immer nach Deutschland hin, als wenn es sich mit diesem einheitlich amalgamiren könnte. Eins widerspricht dem Andern. Ein österreichischer Föderativstaat ohne einheitliche Gesamtverfassung läßt den engen Verband seiner deutschen Provinzen mit Deutschland zu, nicht aber Schmerlings Einheitsstaat. Und dies steht auch der Zolleinigung entgegen.

Den Chorführer der Gegner des Handelsvertrags mit Frankreich spielt Baiern. „Lieber zehn Zollvereine sprengen, als die bairische Unabhängigkeit aufgeben“ — hieß es im großdeutschen Reformverein. Jetzt in der Zollconferenz zu München, wie bei Eröffnung der bairischen Kammer ist dieser großdeutsche, richtiger großbairische Ton wieder erklingen. Zolleinigung mit Oesterreich, Sprengung des Zollvereins ist dort die Lösung — die aber an der besonnenen Haltung Süddeutschlands zerschellt. Die sächsische Regierung, in deren Namen Herr von Beust in einer glänzenden Rede für den französischen Handelsvertrag vor der Einmischung politischer Fragen in diese nationalwirtschaftliche gewarnt, hat zwar seit dem Sommer vorigen Jahres ihre unbedingte Haltung zu Gunsten des Vertrags etwas verändert und eine mehr vermittelnde Stellung zu Oesterreich angenommen, dabei aber stets, und noch in ihrer letzten, eben erst abgegebenen Erklärung bei der Zollconferenz ausgesprochen, daß sie zwar den Zollverein zur Verhandlung mit Oesterreich wegen weiterer Verkehrsvereinfachungen für verbindlich erachtet, auch bereit ist, im Verein mit Preußen und Baiern hierzu Verhandlungen mit Oesterreich zu führen, daß sie aber unter allen Umständen und wenn auch auf der jetzigen Conferenz keine Einigung zustande

kommen sollte, an den (von Baiern angebotenen) besonderen Vereinbarungen, d. h. der Sprengung des Zollvereins, nicht Theil nehmen werde.

Hoffen wir, daß dieselbe erleuchtete wirtschaftliche Einsicht auch andere deutsche Regierungen zu gleicher Haltung bewegen werde. Die Parole ist und bleibt: der Zollverein mit Reformen des Tarifes wie der Verfassung — Freiheit des Handels wie Freiheit der Abstimmung für Regierung und Volk.

Dresden, den 9. Juli.

— Sr. Majestät der König haben dem wegen seiner Betheiligung an den Maiereignissen von 1849 in Untersuchung genommenen, aber flüchtig gewordenen vormaligen Advocat Richard Grahl aus Leipzig, welcher sich gegenwärtig in Amerika aufhält, auf sein Ansuchen in Gnaden die straffreie Rückkehr nach Sachsen gestattet.

— Mit allerhöchster Genehmigung soll im Herbst dieses Jahres eine Zusammenziehung der Infanterie und Reiterei (brigadenweise) in Cantonnements von circa vier- resp. dreiwöchentlicher Dauer stattfinden, und zwar: 1. Reiterbrigade in der Gegend von Großenhain und Königsbrück; 2. Reiterbrigade in der Gegend von Borna und Grimma; Leibinfanteriebrigade in der Gegend von Bischofswerda und Schirgiswalde (mit thunlichstem Ausschluß der im Jahre 1860 von der 1. Infanteriebrigade bei Schirgiswalde belegt gewesenen Detschaften); 1. Infanteriebrigade Dresden; 2. Infanteriebrigade in der Gegend von Hohenstein und Glauchau; 3. Infanteriebrigade in der Gegend von Wurzen (so weit möglich nördlich von der Eisenbahn); Jägerbrigade in Leipzig und südöstlich von Leipzig. Hierauf findet eine Concentrirung der nachbezeichneten Truppenabtheilungen zu gegenseitigen Uebungen zwischen Leipzig und Grimma auf fünf Tage statt. Die obere Leitung ist hierbei dem Generalmajor v. Egidy-Seißmar übertragen; Commandanten der gegenseitigen Armeedivisionen sind: Generalmajor v. Schimpff, Generalmajor Prinz Georg, königliche Hoheit. I. Armeedivision: 2. Infanteriebrigade, 2. Reiterregiment, 2. Jägerbataillon, zwei Batterien (eine reitende und eine Fußbatterie), eine Section Sanitätsoldaten. II. Armeedivision: 3. Infanteriebrigade, 3. Reiterregiment, 3. Jägerbataillon, zwei Batterien (eine reitende und eine Fußbatterie), eine Section Sanitätsoldaten. Die übrige Garnison Leipzig wird nach Umständen zu einzelnen Uebungen mit gezogen werden können. Das Einrücken in die Concentrirung findet von den dazu bestimmten Abtheilungen den 21. September statt; der Rückmarsch in die verschiedenen Garnisonen den 26. September. (Dr. J.)

— Um den Besuch der in Hohenstein veranstalteten, in diesem Blatte bereits empfohlenen Ausstellung von kirchlichen Kunst- und Gewerbezeugnissen zu erleichtern, ist den auf die Zeit vom 8. bis mit 23. Juli auf den westlichen Staatsbahnen direct nach Hohenstein auszugebenden Tagesbillets eine dreitägige Gültigkeitsdauer zugestanden worden.

— Seit Montag ist der Altmarkt von den Verkaufsbuden geräumt worden und man hat damit begonnen, die tiefen Stellen, welche seit der Neupflasterung des Platzes hervorgetreten, umzupflastern. Zu dieser Umplasterung sind die betreffenden Steinsetzmeister, denen deshalb ein Theil ihrer Forderungen innebehalten worden, innerhalb einer bestimmten Frist vertragsmäßig verpflichtet und es konnte daher die Arbeit nicht länger aufgeschoben werden. In sechs Wochen hofft man damit zu Stande zu kommen.

— Die Verwaltung des zoologischen Gartens, welche unablässig für die Hebung dieses unserer Stadt zur Zierde gereichenden Instituts besorgt ist, hat nun auch ein Exemplar des größten der Landsäugethiere, einen Elefanten, angekauft, welcher in diesen Tagen aus Hamburg hier eingetroffen ist. Der Dickhäuter stammt aus Asien, wo diese Thiergattung größer zu werden pflegt, als in Afrika; er ist noch sehr jung, ungefähr vier Jahr alt und wenig über vier Fuß hoch. Das Thier, welches dem Bernehmen nach mit 2800 Thln. bezahlt wurde, ist sehr zahm und machte mit dem Inspector, an dem er sich schon auf der Reise gewöhnt zu haben scheint, eine gemüthliche Promenade durch den Garten, dessen Besuch durch sein Erscheinen sicherlich eine vermehrte Anziehungskraft gewonnen hat.

(Fortsetzung im Beiblatt.)

Neustadt-Dresden, Dampf-Schnellpressendruck der E. Heinrich'schen Buchdruckerei. (Hierzu: der Dampfwagen Nr. 48 nebst zwei Beilagen.)